

Nukleare Risiken im OSZE-Jahr: Warum die Schweiz jetzt handeln muss

Die Schweiz übernimmt 2026 den Vorsitz der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in einer Zeit, in der nukleare Risiken nicht abnehmen, sondern wieder zur politischen Realität geworden sind. Atomwaffen werden modernisiert, Drohungen werden offener ausgesprochen, zivile Nuklearanlagen geraten in Kriegsgebieten unter Druck. Das ist kein Randthema der Sicherheitspolitik. Es ist eine Frage von Überleben, Völkerrecht und politischer Verantwortung.

Für PSR/IPPNW ist der Ausgangspunkt klar: Atomwaffen sind keine normalen Waffen. Sie sind Instrumente der massenhaften Vernichtung. Auf einen Atomkrieg gibt es keine angemessene medizinische Antwort. Wer nukleare Abschreckung als Stabilitätsversprechen verkauft, verschweigt, dass diese Stabilität auf der permanenten Bereitschaft zur Katastrophe beruht.

Gerade deshalb gehört das Thema in das OSZE-Jahr der Schweiz. Die OSZE steht für Frieden, Sicherheit und Stabilität. Wenn diese Begriffe ernst gemeint sind, müssen nukleare Risiken sichtbar, benennbar und politisch bearbeitbar werden.

1. Warum dieses Thema jetzt?

Wir sprechen nicht über ein abstraktes Zukunftsrisiko. Wir sprechen über eine Hochrisikolage, in der Krieg, Atomkraftwerke, Atomwaffen und militärische Eskalation bereits gefährlich ineinandergreifen.

In der Ukraine hat Russlands Angriffskrieg gezeigt, wie verletzlich nukleare Infrastruktur in einem bewaffneten Konflikt ist. Das Atomkraftwerk Saporischschja ist zum Symbol dafür geworden, dass zivile Nuklearanlagen in Kriegsgebieten nicht einfach zivile Anlagen bleiben. Sie können zu Druckmitteln, Zielen, Schutzschilden oder Unfallquellen werden. Schon die dauernde Unsicherheit rund um Kühlung, Stromversorgung, Personal und militärische Aktivitäten genügt, um deutlich zu machen: Atomenergie und Krieg sind eine brandgefährliche Verbindung.

Auch im Nahen Osten zeigt sich diese Gefährdung. Israel agiert in Gaza und mit militärischen Angriffen in der Region als Aggressor. Gleichzeitig bleibt seine eigene nukleare Ambiguität ein sicherheitspolitischer Faktor. Die Konfrontation mit Iran macht zusätzlich sichtbar, wie rasch militärische Eskalation, Angriffe auf nukleare Infrastruktur und atomare Risikoszenarien ineinander übergehen können.

Parallel dazu gewinnt die Logik der nuklearen Abschreckung wieder an politischem Gewicht. SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute, Internationales Friedensforschungsinstitut Stockholm) warnt vor einer wachsenden Bedeutung von Atomwaffen, vor Modernisierung der Arsenale und vor erhöhten Eskalations- und Fehlkalkulationsrisiken. Das ist die gefährlichste Botschaft der Gegenwart: Atomwaffen verschwinden nicht aus der Politik. Sie kehren ins Zentrum der Machtpolitik zurück.

Genau hier muss die Schweiz ansetzen. Nicht mit grossen Worten, sondern mit einer klaren politischen Priorität: nukleare Risiken gehören im OSZE-Jahr auf die sicherheitspolitische Agenda.

2. Die besondere Rolle der Schweiz

Die Schweiz muss sich nicht grösser machen, als sie ist. Aber sie sollte ihre Rolle auch nicht kleiner reden. Als OSZE-Vorsitzstaat 2026 kann sie Themen setzen, Dialogräume öffnen und politische Sprache prägen. Das ist ein realer Hebel.

Ihre humanitäre Tradition ist dabei kein Schmuckstück für Sonntagsreden. Sie ist ein Auftrag. Wenn die Schweiz von humanitärem Völkerrecht, Schutz der Zivilbevölkerung und Deeskalation spricht, dann

muss sie auch über Atomwaffen sprechen. Denn keine andere Waffengattung stellt die humanitären Grundsätze so radikal in Frage wie Atomwaffen.

Neutralität darf nicht bedeuten, existenzielle Risiken neutral zu verwalten. Neutralität muss heissen, Schutz, Deeskalation und Abrüstung wieder verhandelbar zu machen. Gerade im OSZE-Rahmen kann die Schweiz darauf drängen, dass nukleare Risiken nicht als Spezialthema von Expertinnen und Experten behandelt werden, sondern als Kernfrage gemeinsamer Sicherheit.

3. Nukleare Sicherheit im Krieg auf die OSZE-Agenda setzen

Die erste Forderung ist konkret: Die Schweiz soll nukleare Sicherheit in bewaffneten Konflikten während ihres OSZE-Vorsitzes ausdrücklich thematisieren.

Dazu gehört der Schutz von Atomkraftwerken und nuklearer Infrastruktur. Dazu gehört die klare Benennung von Gefahren für die Zivilbevölkerung. Dazu gehört die politische Unterstützung der IAEA (International Atomic Energy Agency, Internationale Atomenergie-Organisation). Und dazu gehört der Aufbau von Räumen für Frühwarnung, Risikoanalyse und vertrauensbildende Massnahmen.

Es reicht nicht, nach jedem Zwischenfall Betroffenheit zu äussern. Die politische Lehre aus der Ukraine muss lauten: Nukleare Anlagen dürfen nie Teil militärischer Strategie werden. Wer sie gefährdet, gefährdet nicht nur den unmittelbaren Kriegsgegner, sondern die Zivilbevölkerung weit über Frontlinien hinaus.

4. Atomwaffen als humanitäres und medizinisches Problem benennen

Die zweite Forderung ist grundsätzlicher: Atomwaffen dürfen nicht länger vor allem als strategische Instrumente beschrieben werden. Diese Sprache ist Teil des Problems. Sie macht aus Massenvernichtung ein Planspiel.

PSR/IPPNW steht für eine andere Perspektive. Ärztinnen und Ärzte wissen: Nach einem Atomwaffeneinsatz gäbe es keine ausreichende medizinische Versorgung, keine kontrollierbare Rettungskette, keine realistische Katastrophenbewältigung. Verbrennungen, Strahlenkrankheit, zerstörte Spitäler, kontaminiertes Wasser, langfristige Krebsfolgen, psychische Traumata und ökologische Verwüstung wären nicht beherrschbar.

Darum ist Abrüstung keine idealistische Zusatzforderung. Sie ist Prävention. Bei Atomwaffen ist Prävention die einzige verantwortbare Medizin.

Die Schweiz sollte ihre traditionellen humanitären Ansprüche im OSZE-Jahr klar in diese Richtung aktualisieren. Wer Schutz der Zivilbevölkerung ernst nimmt, kann Atomwaffen nicht als legitime Sicherheitsgarantie behandeln.

5. Den Atomwaffenverbotsvertrag politisch ernst nehmen

Zur Glaubwürdigkeit gehört auch der Umgang mit dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag. Die Schweiz kann nicht glaubhaft die humanitären Folgen von Atomwaffen betonen und zugleich die politische Konsequenz daraus immer wieder vertagen.

Die zustande gekommene Atomwaffenverbotsinitiative zeigt, dass diese Frage in der Schweiz nicht erledigt ist. Ein relevanter Teil der Bevölkerung verlangt eine klare Debatte über den Beitritt zum Vertrag. Diese Debatte sollte nicht als Symbolpolitik abgetan werden. Sie betrifft den Kern der Schweizer Aussenpolitik: humanitäre Tradition, Völkerrecht und Friedenspolitik.

Gerade im OSZE-Jahr wäre es stark, wenn die Schweiz nicht nur über Risiken spricht, sondern auch über die politischen Instrumente zu ihrer Begrenzung. Der Atomwaffenverbotsvertrag gehört dazu.

6. Finanzielle Verantwortung der Schweiz

Die dritte Forderung betrifft den Finanzplatz. Die Schweiz ist keine Atommacht. Aber sie ist als Finanzplatz indirekt relevant. Wer Atomwaffen nicht will, darf ihre Produktion, Wartung und Modernisierung nicht mitfinanzieren.

ICAN zeigt in seinen Berichten, dass weltweit enorme Summen in nukleare Arsenale und in Unternehmen fließen, die an Atomwaffen beteiligt sind. Diese Geldflüsse sind kein technisches Detail. Sie sind Teil der nuklearen Infrastruktur.

Deshalb braucht es Transparenz über Investitionen in Atomwaffenproduzenten. Öffentliche Gelder dürfen nicht in solche Unternehmen fließen. Pensionskassen, Banken, Versicherungen und Nationalbank müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.

Das ist keine moralische Nebensache, sondern eine Frage politischer Konsistenz. Eine Schweiz, die Abrüstung fordert, darf nicht gleichzeitig an der Finanzierung von Aufrüstung verdienen.

7. Parlamentarische und zivilgesellschaftliche Allianzen

Der OSZE-Vorsitz ist nicht nur Sache des Bundesrates und der Diplomatie. Parlament und Zivilgesellschaft können Druck, Wissen und Orientierung schaffen.

Parlamentarierinnen und Parlamentarier können den Bundesrat zur OSZE-Agenda befragen. Sie können Vorstösse zu nuklearer Sicherheit, humanitären Folgen, Finanzflüssen und dem Atomwaffenverbotsvertrag einreichen. Sie können dafür sorgen, dass nukleare Risiken nicht nur in Fachkreisen diskutiert werden.

Die Zivilgesellschaft kann Öffentlichkeit schaffen, Medienarbeit leisten, Fachwissen bereitstellen und Allianzen bilden. Diese Veranstaltung ist deshalb nicht nur Information. Sie ist eine Einladung zur politischen Arbeit.

8. Schluss: Drei Erwartungen an die Schweiz

Erstens: Die Schweiz soll nukleare Risiken im OSZE-Vorsitz sichtbar und ausdrücklich auf die sicherheitspolitische Agenda setzen.

Zweitens: Sie soll Atomwaffen konsequent als humanitäres und medizinisches Problem benennen und Abrüstung als Prävention verstehen.

Drittens: Sie soll ihre Rolle als Finanzplatz kritisch prüfen und Investitionen in Atomwaffenproduktion politisch thematisieren.

Atomwaffen sind keine Garantie für Sicherheit. Sie sind die organisierte Möglichkeit der Katastrophe. Im OSZE-Jahr 2026 sollte die Schweiz diese Wahrheit nicht diplomatisch abschwächen, sondern politisch nutzbar machen: für Schutz, Deeskalation und Abrüstung. Nicht irgendwann. Jetzt.

Quellen und Bezugspunkte

- OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa): Switzerland – OSCE Chairpersonship 2026; offizielles OSZE-Profil zur Schweizer Vorsitzperiode 2026.
- EDA / Schweizer Mission in Wien: Swiss chairpersonship of the OSCE for 2026; Prioritäten: Helsinki-Prinzipien, multilaterale Diplomatie, Antizipation von Technologien, Demokratie, Menschenrechte, Handlungsfähigkeit.
- IAEA (International Atomic Energy Agency, Internationale Atomenergie-Organisation): Laufende Updates zur nuklearen Sicherheit in der Ukraine, insbesondere zu Saporischschja und militärischen Aktivitäten im Umfeld nuklearer Anlagen.

- SIPRI Yearbook 2026 (Stockholm International Peace Research Institute): Hinweise auf wachsende Bedeutung von Atomwaffen, Modernisierung der Arsenale sowie Eskalations- und Fehlkalkulationsrisiken.
- ICAN: 2025 Nuclear Weapons Spending Reaches \$119 billion; Berichte zu globalen Atomwaffenausgaben und Finanzflüssen in nukleare Arsenale.